

mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir stimmen dann über den Alternativantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/4405 – ab.

Wer dem Alternativantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/4405 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Mit Ihrer aller Einverständnis erteile ich jetzt noch einmal unserer Frau Kollegin Ebli das Wort.

**Abg. Frau Ebli, SPD:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, das war meine letzte Rede. Ich habe einst in einer Landarztpraxis meine ersten beruflichen Schritte gemacht. Mit einer Rede zum Thema ärztliche Versorgung im ländlichen Raum gehe ich aus diesem Parlament.

Ich war Sozialpolitikerin und bin das immer geblieben, auch wenn ich vielerlei Aufgaben im Petitionsausschuss und im Landwirtschaftsausschuss wahrgenommen habe und jetzt als Vorsitzende des Innenausschusses – eine ganz wichtige Aufgabe, die ich sehr gerne als leidenschaftliche Kommunalpolitikerin übernommen habe, weil es da viele Brücken gibt – tätig war.

Ich bedanke mich sehr herzlich für viele, viele gute Begegnungen mit den Mitgliedern der Regierung und mit den Abgeordneten aller Fraktionen. In der langen Zeit von 18,5 Jahren lernt man viele Kolleginnen und Kollegen mehr oder weniger gut kennen. Ich danke. Ich schaue Hedi Thelen an, mit der ich zusammen in den Landtag gekommen bin. Wir waren beide Frauenbeauftragte, sie für einen Landkreis und ich für eine wunderschöne Stadt. Wir haben uns immer wieder bei den kommunalen Spitzenverbänden getroffen und dann hier.

An die Sozialpolitiker: Wir haben einen hervorragenden Ausschuss gehabt. So wie in keinem anderen Ausschuss wurde sehr kollegial zusammengearbeitet, auch wenn wir hier das eine oder andere harte Gefecht gefochten haben, lieber Peter Enders. Ich denke, was diesen Ausschuss aber auszeichnet, ist, dass man immer persönlich sehr kollegial und manchmal sehr freundschaftlich miteinander umgegangen ist.

Ich bedanke mich bei meiner Fraktion, die mich mit allen Ecken und Kanten getragen hat, wie man eben als Mensch so ist. Man fügt sich in die Fraktion. Manchmal gefällt es einem nicht so, und dann sagt man das mehr oder weniger. Im Großen und Ganzen haben wir aber eine tolle Fraktion, lieber Alexander. Ich wünsche mir sehr, dass das so bleibt, dass euch die Harmonie, die Geschlossenheit auch weiter trägt. Ich werde euch beobachten und euch, ich denke, im ländlichen Raum auch zur Seite stehen.

Ein herzliches Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für viele, viele gute und freundliche Begegnungen, liebe Anne aus dem Wahlkreis, und im Ausschuss.

Ihnen alles Gute, viel Gesundheit. Arbeiten Sie gut für unser Land. Wir haben das schönste Land, das man sich vorstellen kann. Alles Gute! Gott segne Sie! Schöne Weihnachten und ein herzliches Glück auf im neuen Jahr!

(Anhaltend starker Beifall im Hause)

**Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:**

Liebe Friederike, sehr geehrte Frau Kollegin Ebli, ganz, ganz herzlichen Dank! Ich denke, es ist zweifelsfrei so, dass Sie eine außergewöhnlich geschätzte, beliebte und respektierte Kollegin sind.

Wir wünschen Ihnen für den neuen Lebensabschnitt alles, alles Gute, Gesundheit, Glück, Zufriedenheit und Gottes Segen. Ich denke, heute Abend wird der Landtagspräsident auch noch Gelegenheit haben, sich von Ihnen zu verabschieden.

Alles, alles Gute!

(Beifall im Hause –  
Frau Ebli, SPD: Danke schön!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zu **Punkt 22** der Tagesordnung:

**Gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen  
verbessern  
Antrag der Fraktionen der SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/4368 –**

Es wurde eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegen Anklam-Trapp das Wort.

**Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, verehrte Kollegen! Im Jahr 2014 hat Rheinland-Pfalz fast 10.000 Flüchtlinge aus großer Not aufgenommen. Wir bereiten uns darauf vor, auch im nächsten Jahr vielen Menschen Schutz in unserem Land zu gewähren.

Mit dem vorliegenden gemeinsamen Antrag möchten wir Sie als Flächenland, das sich sehr bemüht, Asylsuchende oder Flüchtlinge in einer positiven Willkommenskultur aufzunehmen, um eine weitere wichtige Ergänzung bitten, nämlich die Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Wir möchten mit dem heutigen Antrag die Initiative ergreifen, die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen zu verbessern und nicht nötige Bürokratie abzubauen.

Meine Damen und Herren, wie sieht die derzeitige Praxis aus? Die meisten Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz

Schritt schon umgesetzt ist. Der zweite Schritt folgt im nächsten Jahr.

(Beifall bei der CDU)

Erst wenn dieser zweite Schritt geregelt ist, kann er geprüft werden.

Weiter heißt es, in der Beratung des Versorgungsstärkungsgesetzes soll ein vorübergehender Regressverzicht der Sozialversicherungsträger kurzfristig und befristet umgesetzt werden können. Aber der Regressverzicht ist doch gerade Bestandteil des zu verabschiedenden Versorgungsstärkungsgesetzes.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich sagen Sie, der Landtag soll die Bundesebene auffordern, die Möglichkeit einer Übertragung der Regelung der Unfallversicherung auf eine Berufshaftpflichtversicherung für Gesundheitsberufe zu prüfen. Nach unseren Informationen war das ein wesentlicher Punkt, der in der Interministeriellen Arbeitsgruppe geprüft wurde. Ich komme aus diesem Bereich. Ich weiß, wie kompliziert das Versicherungsgeschäft ist. Ich weiß, dass gerade die Unterschiede zwischen Unfallversicherung und Haftpflichtversicherung ganz elementare und systemische Unterschiede sind. Das kann nicht einfach vermengt und übertragen werden. Das geht bis dahin, dass es einen Unterschied zwischen öffentlicher Angebotslage und privatrechtlicher gibt. Wir sind ganz schnell im wettbewerbsrechtlichen und EU-rechtlichen Bereich.

Sie sehen an diesen Beispielen, der Sachverhalt ist enorm komplex. Es gibt noch Handlungsbedarf. Viele Schritte sind getan. Es reicht uns nicht, auf ein Lob der Landesregierung über Initiativen, die Sie gemeinsam und auch auf Initiative von anderen Landesregierungen angestoßen hat, zu verweisen und das hier zu verabschieden. Es ist ein langer Prozess. Jens Spann spricht hier von ganz vielen kleinen Rädchen, die gedreht werden müssen, bei denen immer wieder überprüft werden muss, ob das große Rad auch vorankommt. Das ist wichtig. Aber wir müssen erkennen, dass viele Schritte getan sind und insbesondere Minister Gröhe wesentliche Schritte gemacht hat. Auch darauf weisen wir hin.

Ich zitiere aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 6. Oktober: „Tatsächlich gibt es wahrscheinlich wenig Berufsgruppen, für die der Minister so viel getan hat.“ Deshalb bitten wir darum, Ihren Antrag zu ergänzen und in unserem Sinne unserem Alternativantrag zuzustimmen.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsidentin Frau Schleicher-Rothmund:**

Ich erteile Frau Abgeordnete Anklam-Trapp das Wort.

**Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frauen – da

sind wir uns in diesem Hohen Hause einig – haben ein Grundrecht auf Hebammen. Die Hebammen sind in Not. Sie verdienen seit Jahren, seit Jahrzehnten viel zu wenig. Die zu entrichtenden Haftpflichtsummen sind enorm angestiegen.

Das Fazit aus vielen Demonstrationen und Informationsabenden, die wir hatten, ist, diese angestiegenen Haftpflichtkosten kommen fast einem Berufsverbot gleich.

Ich ergänze das, was Frau Anne Spiegel gesagt hat. Im Jahr 2003 haben die Hebammen noch 435 Euro für die Haftpflichtversicherung aufgewendet. Im Juli 2014 waren es 5.091 Euro. Frau Spiegel hat die Zahl genannt. Im Juli 2015 ist mit 6.000 Euro zu rechnen.

Die zurückliegende Diskussion über die Vergütungs- und Versorgungsstruktur der Hebammenhilfe hat auf Bundesebene zu Recht den dringenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf ausgelöst, den Sie, verehrte Frau Kollegin Wieland, geschildert haben.

In diesem Jahr haben wir uns in vielen Diskussionen und Kundgebungen mit den Hebammen zusammengetan und haben für die Hebammen gesprochen. Zu nennen sind die Schwangeren in der Geburtsvorbereitung, die Unterstützung der werdenden Eltern unter der Geburt oder die Betreuung der Neugeborenen, die Nachsorge der Mütter im Wochenbett und später Rückbildungskurse. Einschließen möchte ich hierbei ausdrücklich die jungen Väter.

Der familienaufsuchende Dienst ist ein wichtiger Baustein in unserem Kindswohlggesetz, das ich hier nicht verschweigen möchte.

Dieser wirklich alte Beruf verdient alle Wertschätzung und Anerkennung, die wir ihm bieten können. In unserem Flächenland Rheinland-Pfalz ist die gute Versorgung von schwangeren Frauen besonders wichtig; denn selbst bei problemloser Schwangerschaft und bestens kalkuliertem Geburtstermin besteht dennoch eine Möglichkeit auf ein unerwartetes Ereignis. Schon jetzt haben viele Schwangere ein Problem, eine Hebamme vor Ort zu finden. Das gilt sowohl für die ambulanten Kliniken als auch für die stationären Geburten in Geburtshäusern oder Kliniken.

Wir wollen den Frauen und Müttern Mut machen, sich für Kinder zu entscheiden. Wir wollen sie gut versorgt von Hebammen und Geburtshelfern wissen, und zwar gerade in dieser sensiblen Zeit. Wir, die SPD-Fraktion, wollen auch zukünftig der Frau die freie Wahl des Geburtsortes nach SGB V sichern.

Meine Damen und Herren, die Debatte im letzten Jahr hat gezeigt, uns fehlt die nötige Datenlage, um zu wissen, wie viele freiberufliche Hebammen in Rheinland-Pfalz oder Deutschland arbeiten. Auch Frau Spiegel hat darauf dankenswerterweise hingewiesen. Auch fehlen uns ein Qualitätsvergleich außerklinischer und klinischer Geburten sowie belastbare Zahlen über mögliche gesundheitliche Schäden oder deren Ausmaß.

Das Dilemma der Hebammen ist die Frage, wie die Rechtslage aussieht. Das betrifft die Hintergründe zu